

Sitzungsunterlagen

Öffentliche Sicherheit AÖS - 9/2023-2027

16.09.2025, 16:00

Stadt Bremerhaven



Tagesordnung für die 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 16.09.2025

Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage-Nr.
1	Einwohnerfragestunde	
2	Bereich Polizei und Feuerwehr	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der 8. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 17.06.2025	I/XI 6/2025
2.2	Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit im Jahr 2026	I/XI 8/2025
2.3	Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV	I/XI 7/2025
2.4	Gemeinsamer mündl. Bericht zur Sail 2025	
3	Bereich Polizei	
3.1	Anfragen	
3.1.1	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen + P zum Thema Rattenbefall im Stadtnorden	
3.1.2	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/SIE GRÜNEN + P zum Thema Anmeldung ausländischer Sexarbeiterinnen	I 12/2025
3.1.3	Beantwortung der Anfrage "Anmeldung ausländischer Sexarbeiterinnen (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)"	I 10/2025
3.2	Anträge	
3.3	Mündl. Bericht zur Lagedarstellung zum Thema "Häusliche Gewalt" (Benjamin Siebert)	I 11/2025
3.4	Vorstellung Demokratiearbeit der OPB (Vortrag Marc Tiedemann)	
3.5	Mündl. Bericht zum Sachstand Taser (Herr Ortgies)	
3.6	Verschiedenes Polizei	

4	Bereich Katastrophenschutz	
4.1	Anfragen	
4.2	Anträge	
4.3	Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz, "5 Jahres Planung"	KatS - I 6/2025
4.4	Verschiedenes Katastrophenschutz	
5	Bereich Feuerwehr	
5.1	Anfragen	
5.2	Anträge	
5.3	Sachstandsbericht „Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)“	XI 11/2025
5.4	Vortrag "FRW Überseehafen"	
5.5	Sachstandsbericht Neuaufstellung des wasserseitigen Brandschutzes der Hafengruppe Bremerhaven	XI 13/2025
5.6	Verschiedenes Feuerwehr	

Vorlage Nr. I/XI 6/2025		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 2

Genehmigung der Niederschrift der 8. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 17.06.2025

Die Niederschrift der 8. Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 17.06.2025 ist zu genehmigen.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Niederschrift
Anlage: Vortrag SÄM-Delikte



N i e d e r s c h r i f t

über die 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 17.06.2025

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Teilnehmer/innen:

Herr Oberbürgermeister Grantz

Herr Stadtrat Skusa

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Batz

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Ofcarek

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok

Frau Stadtverordnete Milch

Frau Stadtverordnete Steinbach

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

WfB-Fraktion

Frau Stadtverordnete Baltrusch

Entschuldigt

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

Fraktion DIE MÖWEN

Herr Stadtverordneter Secci

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Entschuldigt

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortspolizeibehörde:

Herr Ortgies

Bürger- und Ordnungsamt:

Herr Herbrig

Feuerwehr:

Herr Cordes

Herr Oberbürgermeister Grantz eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschlussfähig ist. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

1. Einwohnerfragestunde

Keine.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. **Genehmigung der Niederschrift der 7. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 11.03.2025** I/XI 4/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift einstimmig in der vorgelegten Fassung.

2.2. **Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV** I/XI 5/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

3. Bereich Polizei

3.1. Anfragen

Keine.

3.2. Anträge

3.2.1. **Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zum Thema Sicherheit in der Lessingstraße erhöhen – Sperrung durch klappbare/abnehmbare Poller zur Verbesserung der Verkehrssituation** I 9/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt über den Antrag und stimmt dem Antrag einstimmig zu.

3.3. **Bericht zum Lagebild der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SÄM-Delikte)** I 7/2025

Herr Benjamin Jung berichtet anhand einer Präsentation zum Lagebild der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SÄM-Delikte).

Herr Freemann möchte wissen, welche Altersklasse besonders betroffen ist. Je höher das Alter der Opfer ist, desto höher ist die Disposition, antwortet Herr Jung. Herr Ortgies weist ergänzend auf das Programm der Kriminalprävention des Bundes und der Länder hin, welches glücklicherweise sehr umfangreiche Präventionsmaterialien zur Verfügung stellt.

Herr Timke bedankt sich bei Herrn Jung für den Vortrag und fragt, ob die Ortspolizeibehörde Personen hat, die Nachsorge bei betroffenen Opfern aus SÄM-Delikten betreiben und wie diese Nachsorge konkret aussieht. Herr Jung erklärt, dass es im Rahmen der Umstrukturierung ein Sachgebiet mit festen Mitarbeitenden gibt, die sich ausschließlich um SÄM-Delikte kümmern und im Rahmen ihrer Präventionstätigkeit auch entsprechende Nachsorge betreiben. Des Weiteren möchte Herr Timke eine Einschätzung darüber, welche fehlenden Befugnisse evtl. vorhanden sind, bei denen nachgesteuert werden müsste, um diese Straftaten besser aufklären zu können. Herr Jung sieht im Vergleich zu anderen Ländern, die zentrale Ermittlungen führen, bei uns ein Ressourcenproblem, um solchen Ansätzen auf den Grund zu gehen.

Frau Milch möchte wissen, wie sich die Aufteilung der Ausführung der Straftaten im Inland oder derer, die im Ausland vollzogen werden, prozentual verhält. Ob es mehr Straftaten gibt, die regional ausgeführt werden, weil sich die Täter vor Ort aufhalten, oder eher überregional und somit mehr online agiert wird, die dann für die Polizei in Bremerhaven schlecht zu fassen sind.

Herr Jung schätzt die Aufteilung bei ca. 1/3 und 2/3 ein.

Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3.4. Stellenhebungen im Bereich der Ortspolizeibehörde Bremerhaven **I 8/2025**

Der Ausschuss für Öffentliche Sicherheit nimmt den Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses aus seiner Sitzung vom 03.06.2025 zu den insgesamt 15 Stellenhebungen im Bereich der Ortspolizeibehörde, davon:

9 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach A 10 BremBesO,
3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach A 11 BremBesO,
2 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach A 12 BremBesO
1 Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO

zur Kenntnis.

3.5. Konzept für die Wahrnehmung des Aufgabenkreises des Ordnungsdienstes beim Bürger- und Ordnungsamt **I 4/2025**

Herr Timke fragt, ob die bewilligten 15 Stellen für 2024 besetzt worden sind und wie das mit den Stellenbesetzungen für 2025 aussieht.

Herr Oberbürgermeister Grantz betont hier, dass er es sehr begrüßt, dass durch die Antragsstellung der Koalition ein Aufwachsen erreicht werden konnte. Die Stellen für 2025 werden noch im Laufe dieses Jahres besetzt. Herr Herbrig ergänzt hierzu, dass die bewilligten Stellen aus 2024 bisher noch nicht besetzt worden sind. Das Personalamt ist jedoch momentan dabei, die Stellen zu bewerten, sodass diese evtl. nach der Sommerpause ausgeschrieben werden können. Das gilt auch für die im Haushalt hinterlegten Stellen für 2025.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3.6. Weiterbestehender anerkannter Bedarf DV-Anwendungsbetreuung beim Bürger- und Ordnungsamt **I 6/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die Anerkennung eines befristeten 1,0 Bedarfes für die DV-Anwendungsbetreuung des Bürger- und Ordnungsamtes für die Dauer eines weiteren Jahres zur Kenntnis.

3.7. Verschiedenes Polizei

Keine Wortmeldungen.

4. Bereich Katastrophenschutz

Herr Skusa eröffnet den öffentlichen Teil für den Bereich Katastrophenschutz.

4.1. Anfragen

Keine.

4.2. Anträge

Keine.

4.3. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

**KatS - I
2/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.4. Verschiedenes Katastrophenschutz

Keine Wortmeldung.

5. Bereich Feuerwehr

5.1. Anfragen

Keine.

5.2. Anträge

Keine.

5.3. Projekt Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren

XI 7/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Herr Skusa teilt mit, eine abschließende Evaluation wird bis zum Ende des Jahres durchgeführt. Der Zeitraum der letzten 1 ½ Jahre betrachtet, ob sich dieses Projekt bewährt hat oder nicht und ob es dann noch Nachsteuerungsmöglichkeiten gibt.

5.4. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

XI 8/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.5. Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterweser-Elbe (IRLS)

XI 9/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Ergänzende Information von Herrn Cordes, Niedersachsen wird voraussichtlich im August die Leitstellenstandorte der telenotärztlichen Unterstützung festlegen. Zur nächsten Sitzung des AÖS sollte dann feststehen, ob die Integrierte Regionalleitstelle in Bremerhaven Sitz für einen Telenotarzt wird.

5.6. Bericht zum Thema Erweiterung Einsatzfähigkeiten Feuerwehr, Drohneneinheit FF Wulsdorf (Bericht Herr Jongeling)

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Frage von Herrn Freeman zum Standort der Drohneneinheit bei einer Freiwilligen Feuerwehr.

Herr Jongeling beantwortet, dass bereits jetzt die Ausbildungsbreite im Brandschutz, Hilfeleistung und Rettungsdienst das hauptamtliche Personal an Grenzen führt und neue Handlungsfelder im hauptamtlichen Bereich auch zu Personalforderungen führen würde. Insofern ist die Übernahme durch ehrenamtliche Kräfte eine hervorragende Ergänzung.

Frage von Herrn Timke, was aus der alten Drohne geworden ist.

Herr Jongeling erläutert, dass die „alte“ Drohne als Redundanz weiter bei der Feuerwehr verbleibt.

Herr Hoffmann fragt vor dem Hintergrund der Verunsicherung der Bevölkerung durch „unbekannte“ Drohnen über Bremerhaven, ob es auch bereits zu Konflikten beim Einsatz der Feuerwehrdrohne gekommen ist.

Herr Jongeling verneint dies, es gab keine Konflikte.

5.7. **Verschiedenes Feuerwehr**

Keine Wortmeldung.

Vorsitzender Bereich Polizei

Vorsitzender Bereich Feuerwehr

Grantz
Oberbürgermeister

Skusa
Stadtrat

Schriftführung Bereich Polizei

Schriftführung Bereich Feuerwehr

Berndt

Schmonsees



Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Ausschuss für öffentliche Sicherheit

SÄM



Definition

- Alter: 60 Jahre +
- Überregional oder regional agierende TäterInnen
- Tatanbahnung im häuslichen Umfeld der Opfer
- Gezielte Ausnutzung der mit zunehmendem Alter vielfach steigenden Opferdisposition



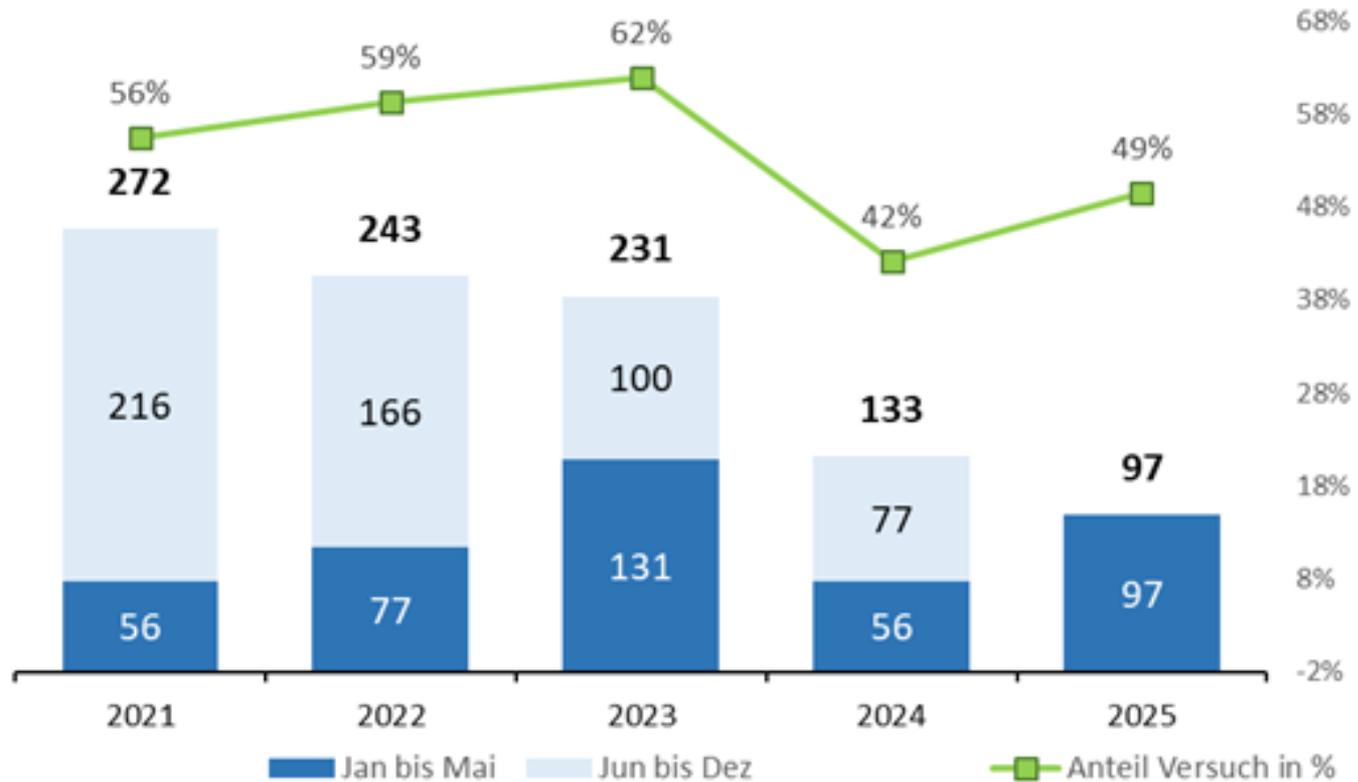
Modi Operandi

- Enkeltrick
- Schockanruf
- Falsche Polizeibeamte
- Falsche Handwerker
- Arbeiten rund ums Haus / Wucher
- Kapitalanlagebetrug
- ...



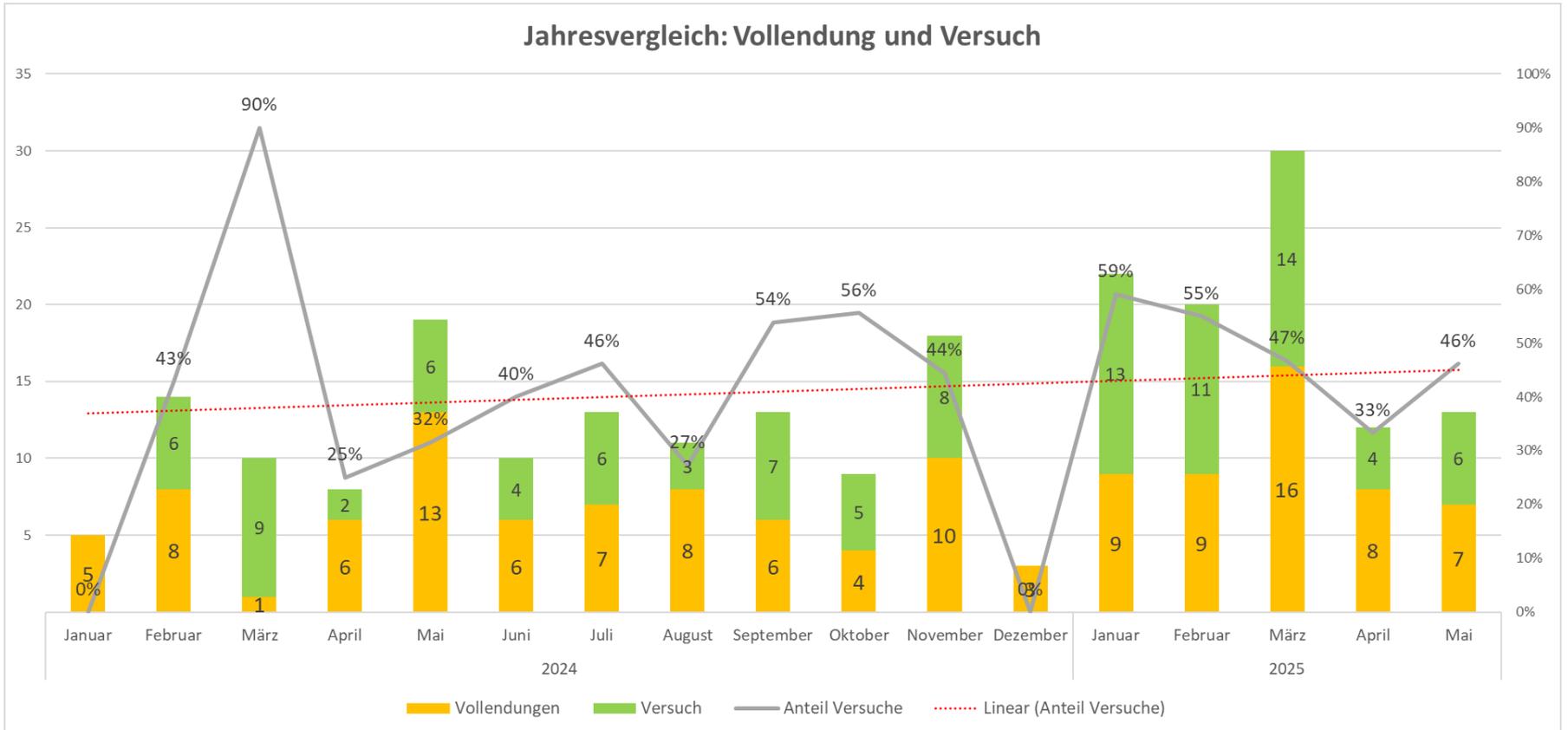
SÄM-Delikte

Versuch / Vollendung



Zahlen, Daten, Fakten

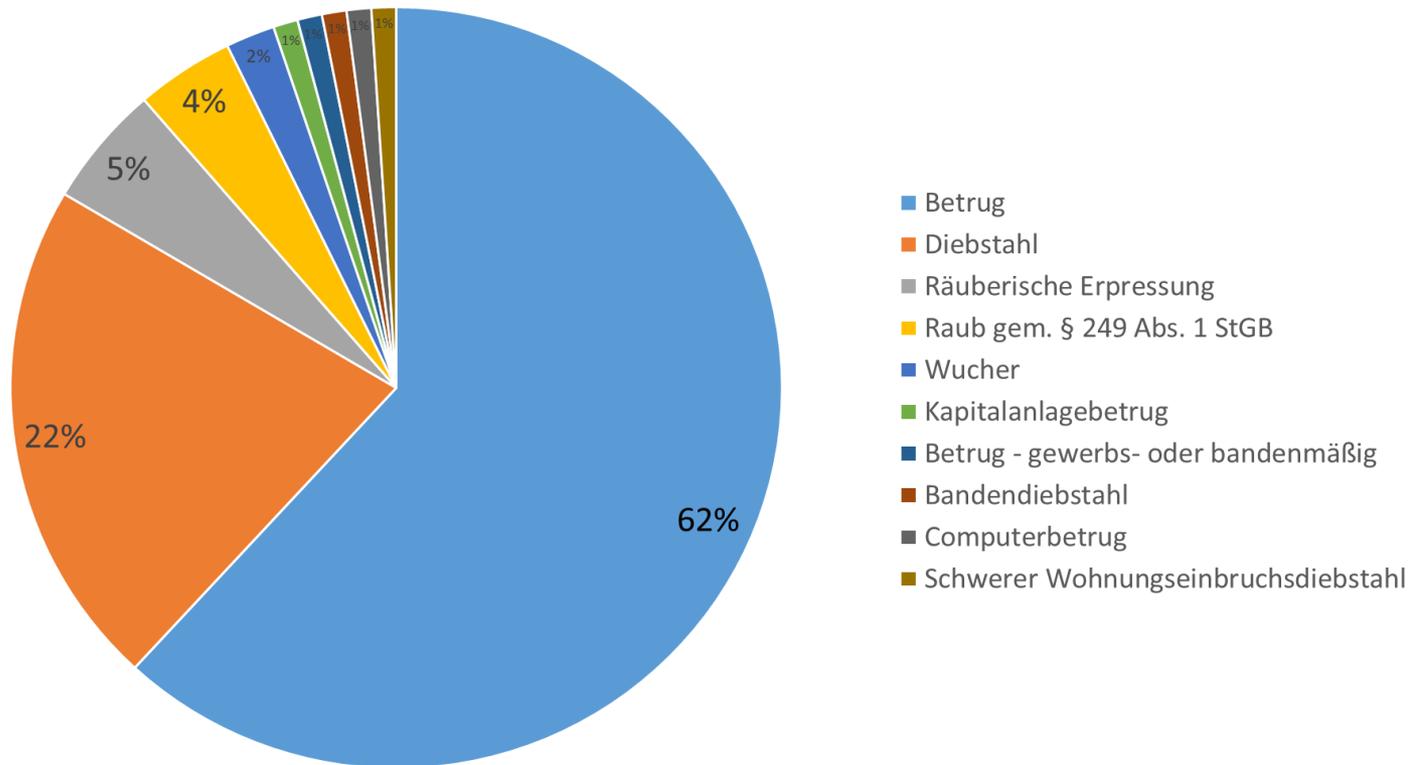
Jahresvergleich: Vollendung und Versuch



SÄM-Delikte

Verteilung der Delikte

Jahr 2025



SÄM-Delikte

Schadenssummen

	2024	2025 01.01.-31.05.
Schaden pro Fall	2.065 €	1.755 €
Median	900 €	300 €
Schadenssumme	125.993 €	78.953 €

Jahr 2024



Jahr 2025



Beispielfälle



Beispielfälle



Beispielfälle



Beispielfälle



Maßnahmen - Ermittlungen

- Priorisierung der Vorgänge
- Phänomenverantwortung in einem SG
- Überregionale Vernetzung



Maßnahmen - Prävention

- Verweis auf BerTA (Beratung und Teilhabe im Alter) des Magistrats
- Infos an Apotheken, Ärzte, Banken, etc.
- Informationsstände
- Vorträge in Senioreneinrichtungen
- Pressemitteilungen
- Plakate
- ...





Vorlage Nr. I/XI 8/2025		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit im Jahr 2026

A Problem

Für die Reservierung der Räumlichkeiten müssen die Ausschusssitzungen frühzeitig geplant werden.

B Lösung

Die Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit im Jahr 2026 sollen an folgenden Terminen jeweils um 16.00 Uhr stattfinden:

Dienstag, 10.03.2026
Dienstag, 09.06.2026
Dienstag, 15.09.2026
Dienstag, 01.12.2026

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Es sind keine Auswirkungen gem. § 35 Abs. 2 GOSTVV ersichtlich.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Termine wurden mit beiden Dezernenten abgestimmt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Nach Kenntnisnahme für die Veröffentlichung geeignet.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. I/XI 7/2025		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV

Der Ausschussvorsitzende des Ausschusses für öffentliche Sicherheit hat gemäß § 49 Abs. 2 GOSTVV zu jeder ordentlichen Ausschusssitzung eine schriftliche Auflistung der umzusetzenden Beschlüsse und des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Sachstandsbericht

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. und Bezeichnung der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
1	16.11.2021	I 51/2021 - Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema "Wichtige Maßnahmen für den Katastrophenschutz in der Seestadt Bremerhaven"	einstimmig zugestimmt	Amt 37	teilweise offen	Fortlaufende Berichterstattung im Rahmen der „5-Jahres-Planung“.
2	14.06.2022	I 37/2022 - Umsetzung Sonderförderprogramm Sirenen, erfolgreiche Einwerbung weiterer Fördermittel durch die Ortskatastrophenschutzbehörde (Nachverdichtung städtischen Sirennetz)	einstimmig beschlossen	Amt 37	teilweise offen	Erste Stufe flächendeckendes Sirennetz ist fertiggestellt. 2. Stufe (Erweiterung auf 32 Sirenen) in der Umsetzung. Sachstandsbericht wird über die AÖS-Vorlage „5-Jahres-Planung“ abgebildet.
3	05.09.2022	I 55/2022 - Sachstandsbericht Projekt Telemedizin in der IRLS	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Laufende Berichterstattung im AÖS
4	11.12.2023	XI 14/2023 – Sachstandsbericht: Förderung Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr - Projekt Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren „GuFi-FF“	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Evaluierung Ende 2025
5	11.12.2023	XI 13/2023 - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP "Koordinierungsstelle psychosoziale Beratung"	mehrheitlich beschlossen	Amt 90 & Amt 37	offen	Umsetzung kann erst erfolgen, wenn der Ortspolizeibehörde Mittel im Personalbudget hierfür zur Verfügung gestellt werden.
6	11.12.2023	I 31/2023 - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP - Einstellung eines Volljuristen / einer Volljuristin bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven	mehrheitlich beschlossen	Amt 90	offen	Umsetzung kann erst erfolgen, wenn der Ortspolizeibehörde Mittel im Personalbudget hierfür zur Verfügung gestellt werden.
7	11.12.2023	I 32/2023 – Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zur Ausstattung des Bürger- und Ordnungsamtes mit Bodycams	mehrheitlich beschlossen	Amt 91	offen	Der Senator für Inneres unterstützt nach der erneuten Begründung durch das Amt 91 nun eine Änderung des BremPolG und soll bei der nächsten anstehenden Novelle (voraussichtlich Frühjahr 2025) eingearbeitet werden.

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. und Bezeichnung der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
8	11.12.2023	I 33/2023 – Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zum Thema Kundenfreundlichkeit durch Abholschrank im Bürgerbüro Mitte	einstimmig beschlossen	Amt 91	offen	Markterkundung; organisatorische, technische und räumliche Umsetzung/ Grundsätzlich möglich lt. STÄWOG, aber Gebäude nicht 24/7 zugänglich. Finanzielle Mittel zur Umsetzung für 2025 vorgesehen. Durch die ab dem 01. Mai 2025 bestehende Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, den beantragten Reisepass und/oder den Personalausweis sich zur Wohnadresse senden zu lassen, wird empfohlen, das Projekt nicht weiter zu verfolgen. Eine entsprechende Vorlage mit der erfolgten Nachfrage hinsichtlich des Versandes erfolgt zur letzten Sitzung des Jahres 2025.
9	27.02.2024	KatS - I 2/2024 - Hochwasseraudit Seestadt Bremerhaven	Kenntnisnahme und einstimmig beschlossen	Amt 37	teilweise offen mit Bericht in der AÖS am 17.06.2025 erledigt	Um laufende Berichterstattung zum Fortgang des Projektes im Ausschuss für öffentliche Sicherheit wurde gebeten.
10	17.09.2024	XI 11/2024 - Zukunftsfähige Organisationsanpassung der Feuerwehr	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Derzeit stehen keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Abgeschlossene Vorgänge werden in der nächsten Berichterstattung nicht wieder aufgeführt.

Vorlage Nr. I 12/2025		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/SIE GRÜNEN + P zum Thema Anmeldung ausländischer Sexarbeiterinnen

Die anliegende Anfrage wurde von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P fristgemäß am 10.07.2025 eingereicht.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

**Anfrage gemäß § 38 GoSTVV für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit
am 16.09.2025**

Anmeldung ausländischer Sexarbeiterinnen

In Bremerhaven sind häufig Sexarbeiterinnen, im Rahmen der EU-Freizügigkeit, aus EU-Mitgliedsstaaten tätig. Sie beherrschen in der Regel die deutsche Sprache kaum oder gar nicht. Sehr häufig nehmen Beraterinnen wahr, dass die Sexarbeiterinnen zwar frühzeitig ihr Gewerbe beim Ordnungsamt anmelden, aber nicht beim Einwohnermeldeamt gemeldet werden. Dies ist, insbesondere für aussteigewillige Sexarbeiterinnen ein Problem, da das Jobcenter in der Regel nicht anerkennt, dass sie sich über die gesamte Aufenthaltsdauer in Bremerhaven aufgehalten haben. Im Um- und Ausstiegsprozess ist es notwendig, dass der Lebensunterhalt durch das Jobcenter gesichert ist, wenn noch kein neuer Arbeitsplatz gefunden wurde

Wir fragen den Dezernenten:

1. Lässt sich für den genannten Personenkreis eine vereinfachte Regelung finden, so dass eine Meldung beim Einwohnermeldeamt von der Stelle für Gewerbeanmeldung erfolgt?
2. Wenn nein: Wie können die betroffenen Frauen ansonsten nachweisen, seit wann sie in Bremerhaven wohnhaft sind?



Carsten Baumann-Duderstaedt
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Vorlage Nr. I 10/2025		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Beantwortung der Anfrage "Anmeldung ausländischer Sexarbeiterinnen (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)"

A Problem

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat die Anfrage nach § 38 GOSTVV mit dem Thema „Anmeldung von ausländischen Sexarbeiterinnen“ eingebracht.

B Lösung

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt von der Mitteilung Kenntnis.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Es sind keine Auswirkungen gem. § 35 Abs. 2 GOSTVV ersichtlich.

E Beteiligung / Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Mitteilung zur Anfrage "Anmeldung ausländischer Sexarbeiterinnen"

Mitteilung Nr. MIT- /		
<p>Zur Anfrage nach § 38 GOSTVV des Stadtverordneten der Fraktion vom Thema:</p>	<p>Carsten Baumann-Duderstaedt Bündnis 90/DIE GRÜNEN 07. Juli 2025 „Anmeldung ausländischer Sexarbeiterinnen“</p>	
Beratung in öf- fentlicher Sitzung:		Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

In Bremerhaven sind häufig Sexarbeiterinnen, im Rahmen der EU-Freizügigkeit, aus EU-Mitgliedsstaaten tätig. Sie beherrschen in der Regel die deutsche Sprache kaum oder gar nicht. Sehr häufig nehmen Beraterinnen wahr, dass die Sexarbeiterinnen zwar frühzeitig ihr Gewerbe beim Ordnungsamt anmelden, aber nicht beim Einwohnermeldeamt gemeldet werden. Dies ist, insbesondere für aussteigewillige Sexarbeiterinnen ein Problem, da das Jobcenter in der Regel nicht anerkennt, dass sie sich über die gesamte Aufenthaltsdauer in Bremerhaven aufgehalten haben. Im Um- und Ausstiegsprozess ist es notwendig, dass der Lebensunterhalt durch das Jobcenter gesichert ist, wenn noch kein neuer Arbeitsplatz gefunden wurde.

Wir fragen den Dezernenten:

1. Lässt sich für den genannten Personenkreis eine vereinfachte Regelung finden, so dass eine Meldung beim Einwohnermeldeamt von der Stelle für Gewerbeanmeldung erfolgt?
2. Wenn nein: Wie können die betroffenen Frauen ansonsten nachweisen, seit wann sie in Bremerhaven wohnhaft sind?

II. Die folgende Antwort erfolgt durch das Dezernat I:

Zu Frage 1 und 2.

Nach den Vorschriften des Bundesmeldegesetzes müssen Personen, die im Inland eine melderechtliche Anschrift besitzen und absehbar für die Dauer von unter sechs Monaten vorübergehend eine andere Wohnung beziehen, sich nicht an dieser Adresse anmelden. Für Personen, die im Ausland eine melderechtliche Anschrift besitzen und absehbar für die Dauer von unter drei Monaten vorübergehend im Inland eine Wohnung beziehen, gilt dies entsprechend.

Die Mehrzahl der Sexarbeiterinnen erklären bei der Anmeldung nach dem Prostituiertenschutzgesetz, dass sie ggf. nur einige Wochen in Bremerhaven

verbleiben und arbeiten und sind somit nicht meldepflichtig.

Sexarbeiterinnen, die ihre Anmeldung nach dem Prostituiertenschutzgesetz beim Bürger- und Ordnungsamt im Stadthaus 5 (2. Etage) vornehmen, finden dort sowohl die Gesundheits- und Sozialberatung des Gesundheitsamtes als auch das Bürgerbüro Nord im Stadthaus 5 (1. Etage) vor. Auf die melderechtliche Anmeldung bei längerem Verbleib wird bei der Vorsprache hingewiesen, ggf. wird ein Termin beim Bürgerbüro Nord vereinbart.

Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. I 11/2025		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Bericht zur Lagedarstellung zum Thema "Häusliche Gewalt"

Dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit wird ein Bericht zur Lagedarstellung zum Thema „Häusliche Gewalt“ zur Kenntnisnahme vorgelegt.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. KatS – I 6/2025		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

A Problem

Der Katastrophenschutz in der Stadt Bremerhaven ist grundsätzlich gewährleistet und hat sich in den zurückliegenden Realereignissen und Übungen als belastbar und funktionsfähig dargestellt.

Naturgemäß sind aber aufgrund neuer Erkenntnisse und neuer Herausforderungen Anpassungsstrategien notwendig, um die Leistungsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Für die notwendige Anpassung des Katastrophenschutzes hat die Feuerwehr, die die Aufgaben der Ortskatastrophenschutzbehörde wahrnimmt, in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit am 08.09.2021 einen 5-Jahres-Plan zur Optimierung und Anpassung des Bevölkerungsschutzes vorgestellt.

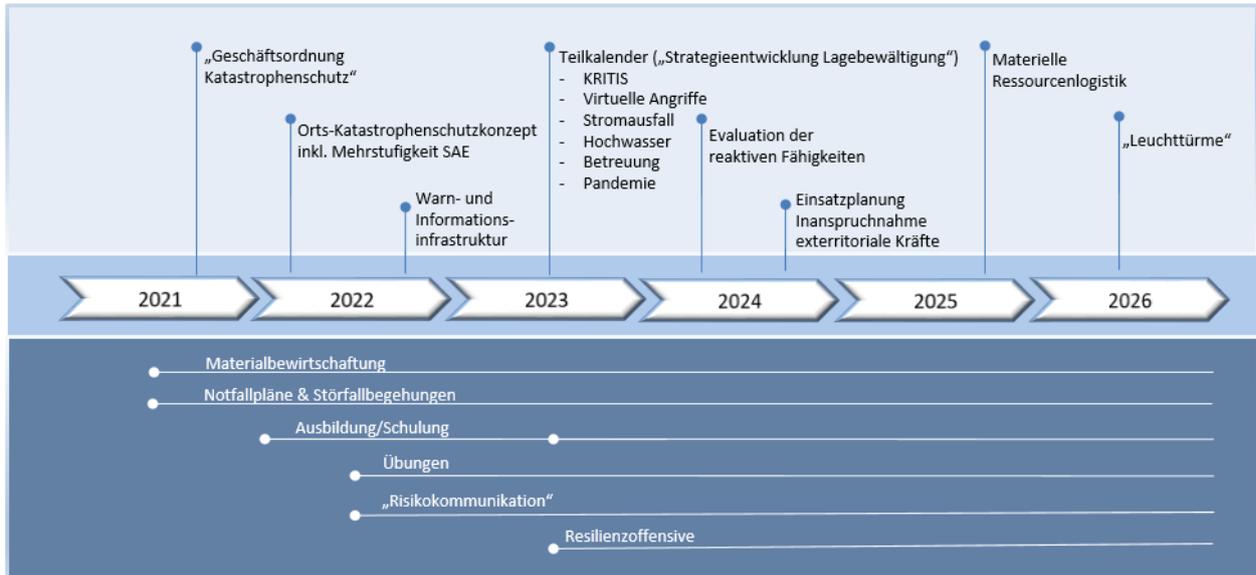


Abb1 – 5-Jahres-Plan Bevölkerungsschutz Bremerhaven

Zum Sachstand wurde um fortlaufende Berichterstattung gebeten.

B Lösung

Hiermit erfolgt Berichterstattung über den Bearbeitungsstand der einzelnen Themenschwerpunkte des Katastrophenschutzes der Seestadt Bremerhaven.

Katastrophenschutzordnung und Sachstand Orts- und Landeskatastrophenschutzkonzept

Abstimmungsgespräche bzgl. der noch zu klärenden anteiligen Kostenübernahme von Katastrophenschutzausgaben im stadtbremischen Überseehafengebiet befinden sich in der Terminierung für Herbst 2025.

Warn- und Informationsinfrastruktur

An drei weiteren Standorten der zweiten Ausbaustufe wurden kürzlich neue Sirenenanlagen errichtet. Die Inbetriebnahme der neuen Anlagen erfolgt zeitnah nach Abschluss aller technischen Arbeiten und Prüfungen.

Auch für die verbleibenden Sirenenstandorte laufen die Vorbereitungen weiter. Die dafür vorgesehenen Anlagen sind vollständig geliefert. Bis zum Jahresende sollen sämtliche Installationen abgeschlossen sein.

Zudem wird in Kürze die Sirenensteuerzentrale der Stadt ausgetauscht, um eine technische Kompatibilität mit dem Warnsystem der Stadt Bremen herzustellen. Damit wird künftig eine gegenseitige Auslösung im Sinne einer Redundanz möglich.

Strategische Lagebewältigung/Katastrophenschutzbereiche

Nach der Vorstellung der zentralen Ergebnisse des Audits Überflutungsvorsorge für die Stadt Bremerhaven in der Sitzung AÖS 8/2023–2027 erfolgte die Übersendung des Ergebnisprotokolls an alle beteiligten Organisationen. Damit wurde der Auditprozess formal abgeschlossen und die Ergebnisse den relevanten Stellen zur weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt.

Zivilschutzplanung

Am 11.08.2025 fand ein Termin zur Einführung in die Zivile Alarmplanung (ZAPI) durch Vertreter:innen von Senator für Inneres und Sport (SIS) statt. Adressiert war der Informationstermin an für Zivil- und Katastrophenschutz zuständige Vertreter:innen der Feuerwehr Bremerhaven. Die Stadt Bremerhaven wird in den bereits angelaufenen Bremer Planungen zum Zivilen Alarmplan (ZAP) nicht berücksichtigt. Es gibt weiterhin keinen konkreten Auftrag durch das Land (SIS) an die Stadtgemeinde Bremerhaven, die Zivile Alarmplanung (ZAPI) für Bremerhaven zu erarbeiten. Begründet ist dieser Zustand mit der Unstimmigkeit zwischen dem Bund und den Ländern hinsichtlich der Bearbeitungs- und Finanzierungszuständigkeit der mit dieser Aufgabe verbundenen erheblichen personellen Ressourcen.

Evaluation der reaktiven Gefahrenabwehr

Für den gelände- und wadfähigen Transport von schwerem Einsatzmaterial für die Trinkwassernotversorgung besteht weiterhin eine Fähigkeitslücke (vgl. Vorlage Nr. KatS – I 1/2025). Entsprechende Förderanträge zur Finanzierung im Rahmen des Inneren Sicherheitsfonds (ISF) wurden gestellt. Aufgrund einer deutlichen Überzeichnung der verfügbaren Fördermittel erhielten nur sehr wenige Vorhaben eine realistische Aussicht auf Förderung. Das eingereichte Projekt konnte sich im Wettbewerbsverfahren nicht ausreichend durchsetzen, so dass seitens der Verwaltungsbehörde angesichts der geringen Erfolgsaussichten auf eine Antragstellung im weiteren Verfahren abgeraten wurde.

Einsatzplanung Inanspruchnahme exterritoriale Kräfte

Die für den 14.06.2025 geplante Übung der Teileinheiten der Medizinischen Taskforce 4 (MTF 4), die aus Einheiten Bremens und Bremerhavens besteht, wurde kurzfristig aufgrund der Wetterlage abgesagt.

Materielle Ressourcenlogistik

Die Planungen der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), für den Neubau einer JUH-Wache zzgl. Fahrzeughalle in der Wiesenstraße (vgl. Vorlage Nr. KatS – I 1/2025) konkretisieren sich zunehmend. Die Feuerwehr ist weiterhin - mit ca. 10 Doppelstellplätzen für Ausstattung des Katastrophenschutzes - als Bedarfsträger in die Projektentwicklung eingebunden.

Die Unterzeichnung eines gemeinsamen Letter of Intents ist inzwischen erfolgt.

Katastrophenschutz-Leuchttürme

Keine Änderung zur Vorlage Nr. KatS – I 1/2025.

Notfallpläne und Störfallinspektionen/Störfallbetriebe

Die Störfallinspektion bei der Firma Wescom findet am 18.08.2025 unter Beteiligung der Feuerwehr Bremerhaven statt.

Ausbildung, Schulung, Übung

In der Zeit vom 11.06.2025 bis zum 13.06.2025 fand die erste Schulung „Grundlagen der Stabsarbeit“ für Beschäftigte der Feuerwehr Bremerhaven statt. Geschult wurden insbesondere Beschäftigte des nicht-feuerwehrtechnischen Dienstes (Verwaltung, IT, Vorzimmer), die im Falle eines großen Schadenereignisses unterstützend für die Stabsarbeit eingeplant sind. Weitere Teilnehmende waren in der Ausbildung befindliche sowie neu eingestellte Beschäftigte des feuerwehrtechnischen Dienstes. Der nächste Lehrgang dieser Art findet in der Zeit vom 08.10.2025 bis zum 10.10.2025 statt.

Zur Thematik „Planung weiterführender Schulungsformate – insbesondere im Bereich der Vertiefung“ gibt es keine Änderung zur Vorlage KatS – 2/2025.

Im Berichtszeitraum wurden in Bremerhaven mehrere Übungen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit kritischer Infrastrukturen im Krisenfall durchgeführt. Ziel war es, technische Abläufe unter realitätsnahen Bedingungen zu testen und die organisationsübergreifende Zusammenarbeit zu stärken.

Notstromeinspeisung UTG-Tanklager

In Kooperation mit dem Technischen Hilfswerk (THW), einem Betreiberverantwortlichen der UTG und einer Elektrofachfirma wurde die Notstromversorgung des UTG-Tanklagers mithilfe einer 700-kVA-Netzersatzanlage geübt. Ziel war die unterbrechungsfreie Versorgung der Pumpen und Überwachungstechnik im Szenario eines großflächigen Stromausfalls. Die Einspeisung unter realer Last verlief erfolgreich. Die Übung lieferte wichtige Erkenntnisse zur technischen Umsetzung sowie zur Koordination zwischen den beteiligten Stellen.

Notstromeinspeisung Wasserwerk Leherheide

Am Wasserwerk Leherheide wurde ein längerfristiger Stromausfall simuliert. Der Fokus lag auf der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung für das nördliche Stadtgebiet unter Einsatz einer 700-kVA-Netzersatzanlage. Während der Übung konnten zentrale Anlagenteile, darunter Aufbereitungsanlagen und Brunnen, unter Last betrieben werden. Eine Einspeisung über das Multikontaktsystem „Stäubli“ wurde erfolgreich durchgeführt. Die Übung bestätigte die technische Machbarkeit einer temporären Notstromversorgung, wies jedoch auch auf langfristige Optimierungsbedarfe hin.

Aufbau der Notfallkontaktpunkte (NKP)

Im Rahmen einer organisationsübergreifenden Besichtigung am 19.06.2025 wurden drei der vier NKP-Standorte überprüft. Ziel war die Bewertung der Einsatzbereitschaft sowie die Identifikation technischer und struktureller Schwächen. Es zeigten sich zum Teil Probleme bei Funkverbindungen, die mittlerweile behoben werden konnten. Die Notfallkontaktpunkte sind einsatzbereit.

Aufstell- und Inbetriebnahmeübung Betreuungsplatz 250 (BTP 250)

Am 28.06.2025 fand eine Übung mit dem KatS-Modul „Betreuungsplatz 250“ statt. Diese Übung diente dem Aufbau eines Betreuungsplatzes zur kurzfristigen Versorgung von bis zu 250 Personen im Ereignisfall, nach vorheriger Erkundung der Gegebenheiten vor Ort. Das beschaffte Material wurde zweckmäßig und strategisch durchdacht am Übungsort errichtet und war in angemessener Zeit einsatzbereit. Der BTP 250 wird vom Deutschen

Roten Kreuz (DRK) Bremerhaven betrieben. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt für das Sozialamt, als zuständiges Amt des Katastrophenschutzbereiches „Sozial- und Betreuungswesen“ gem. Anlage 3 der städt. KatS-Ordnung.

Übung Trinkwassernotversorgung

Am 05.07.2025 wurde der Einsatz der zwei neu beschafften Abrollbehälter Trinkwassernotversorgung (AB TWNV) erprobt. Die AB TWNV kamen im Pendelverfahren zum Einsatz, um ein simuliertes Krankenhaus mit Trinkwasser einzuspeisen. Zudem wurden Trinkwasser-Gruppenzapfstellen aufgestellt. Die Übung verlief technisch störungsfrei und bestätigte die Möglichkeit der Trinkwassereinspeisung in ein Gebäude durch Wasserzufuhr des Abgabecontainers im Pendelverfahren. An der Übung beteiligt waren das Deutsche Rote Kreuz Bremerhaven und das Technische Hilfswerk Bremerhaven. Die Motivation der ehrenamtlichen Kräfte, das Trinkwasserversorgungsmodul zu betreiben, und die organisationsübergreifende Zusammenarbeit sind positiv zu bewerten.

Risikokommunikation und Resilienzoffensive

Am 16.08.2025 wird das Hochwasser-Infomobil des HochwasserKompetenzCentrums (HKC) auf der SAiL Bremerhaven vertreten sein. Vor Ort informiert fachkundiges Personal anhand zahlreicher Anschauungsobjekte rund um das Thema Hochwasserschutz. Am 14.09.2025 wird das Infomobil zudem im Rahmen des Energie- und Klimastadttags präsent sein, um auch dort einen Beitrag zur Information und Sensibilisierung im Bereich Hochwasserschutz zu leisten.

Am 11.09.2025 wird der das Team Zivil- und Katastrophenschutz der Feuerwehr Bremerhaven auf der Veranstaltung „Im besten Alter“ vertreten sein und dort über die Themen Bevölkerungswarnung und Eigenvorsorge informieren.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat keine unmittelbaren weiteren personalwirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen. Anhaltspunkte für Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. XI 11/2025		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)

A Problem

In vorangegangenen Vorlagen (zuletzt XI 09/2025) wurde über verschiedene Sachverhalte berichtet, die im Zusammenhang mit der Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) bearbeitet werden und die Informationscharakter aufweisen. Es wurde zugesagt, fortlaufend über diese Themen zu berichten.

B Lösung

Sachstand „Entwicklung Einsatzzahlen und Umsetzung Gutachten“

Die aus dem Gutachten resultierenden und im Stellenplan hinterlegten Personalbedarfe für die Integrierte Regionalleitstelle konnten bisher nicht gedeckt werden. Aktuell werden wieder Einstellungsverfahren durchgeführt. Nicht besetzte Stellen werden weiterhin durch Vertretungen aus dem Brandschutzdienst und durch angeordnete Mehrarbeit vom vorhandenen Leitstellenpersonal kompensiert.

Sachstand „Projekt Telenotfallmedizin/Telenotarzt“

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage liegt noch keine Entscheidung vor, ob die IRLS als Telenotarzt-Standort (TNA-Standort) ausgewählt wurde (vgl. Vorlage XI 09/2025).

Sachstand „Projekt A-KTW“

Zur Dämpfung der steigenden Einsatzzahlen in der Notfallrettung wurde 2023 als zusätzliches Einsatzmittel der Akut-Krankentransportwagen (A-KTW), betrieben durch die privaten Krankentransporteure und disponiert durch die IRLS, in den Dienst genommen. Formal geschah dies auf Grundlage der im Bremischen Hilfesgesetz formulierten Experimentierklausel in Abstimmung mit den Kostenträgern. Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit dieses Bremerhavener Erfolgsmodells ist die Erstellung einer Rechtsverordnung durch den Senator für Inneres (SIS) erforderlich. Auf die Einbindung Bremerhavens im Rahmen des Abstimmungsprozesses wird gewartet.

Sachstand „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik – neues Kommunikations-Management-System (KMS)“

Die Projektumsetzung erfolgt bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage -betreffend Technik und Mobiliar- weiterhin planmäßig.

Sachstand „Standardisierte Notrufabfrage (SNA)“

Zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage prüft der Fachplaner die durch die Feuerwehr zur Verfügung gestellten Unterlagen (u. a. Anforderungskatalog an das zukünftige System etc.), um darauf basierend das Leistungsverzeichnis (LV) für die Vergabe zu erstellen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Mit der Beauftragung der Organisationsuntersuchung und des daraus folgenden Personalbemessungsgutachtens ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig vom Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Personalwirtschaftliche und weitere finanzielle Auswirkungen (z. B. technische Maßnahmen etc.) können die Ergebnisse der Untersuchung und des Gutachtens und die daraus umzusetzenden Maßnahmen verursachen. Konkrete Kosten können derzeit noch nicht quantifiziert werden.

Mit der Beschaffung des neuen Kommunikations-Management-Systems (KMS) ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig vom Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Die Gesamtkosten der Beauftragung des Angebotes der Fa. Frequentis zur Erneuerung des KMS betragen rund 1.640.000 € (inkl. 19 % MwSt.). Die Kosten der Beauftragung der Schnittstelle zum Einsatzleitreechner (iSE) betragen rund 160.000 € (inkl. 19 % MwSt.). Die Kosten der Beauftragung des Angebotes der Fa. Objekt und Design betragen rund 327.000 € (inkl. 19 % MwSt.).

Mit der Umsetzung der Einführung eines A-KTW haben sich keine finanziellen Auswirkungen für den städtischen Haushalt ergeben, da die entstandenen Kosten zur Erweiterung der technischen Ausstattung über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern getragen werden.

Mit dem Wechsel von einer derzeit in der IRLS genutzten „Strukturierten Notrufabfrage“ zu einer „Standardisierten Notrufabfrage“ ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die derzeit jedoch nur schätzungsweise auf ca. 2 Mio. € beziffert werden können, da konkrete Angebote noch nicht vorliegen. Die Kosten müssen über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern sowie anteilig von den drei Gebietskörperschaften getragen werden.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besonders Belange von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Skusa
Stadtrat

Vorlage Nr. XI 13/2025		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sachstand zur Neuaufstellung des wasserseitigen Brandschutzes der Hafengruppe Bremerhaven

A Problem

Die Aufgaben des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Rettungsdienstes für das stadtbremische Überseehafengebiet werden vertragsgemäß durch die Feuerwehr Bremerhaven wahrgenommen.

Vertraglich abgesichert standen bisher neben den für Feuerlöschzwecke aufgerüsteten Tonnenleger Nordergründe auch Schlepper mit Feuerlöschtechnik als Einsatzmittel für den wasserseitigen Brandschutz zur Verfügung.

Die Verträge wurden initial 2012 im Rahmen der damaligen Neustrukturierung des wasserseitigen Brandschutzes zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Arbeitsgemeinschaft Weserschleppdienst abgeschlossen. Diese setzte sich damals aus der Unterweser Reederei GmbH und der Bugsier Reederei- und Bergungsgesellschaft GmbH & Co. KG zusammen. Vereinbart wurde die Bereitstellung von Schleppern mit Feuerlöschtechnik (FiFi-Ausstattung), um den Brandschutz auf der Wasserseite im Hafen Bremerhaven sicherzustellen.

Nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft Weserschleppdienst Ende 2015 wurden mit den beiden Reedereien separate Vereinbarungen getroffen, um den Brandschutz auch weiterhin aufrechtzuerhalten.

In den Folgejahren kam es zu unternehmensinternen Umstrukturierungen. Die Bugsier Reederei fusionierte 2017 mit der Fairplay Reederei. Die Unterweser Reederei GmbH firmiert inzwischen unter dem Namen Boluda Towage Germany GmbH.

Am 02. Mai 2024 kündigte die Fairplay Reederei an, ihren Feuerlöschschlepper nur noch bis zum 31. Dezember 2024 bereitzustellen. Am 30. Juni 2025 kündigte auch Boluda die Bereitstellung ihres Feuerlöschschleppers zum 01. Januar 2026.

Damit entfällt ab diesem Zeitpunkt die vertraglich geregelte Absicherung des wasserseitigen Brandschutzes mit einem für Feuerlöschzwecke ausgestatteten Hafenschlepper. Bei Ausfall oder örtlicher Abwesenheit des Tonnenlegers steht damit ab 2026 zunächst kein vertraglich gesichertes Einsatzmittel zur Verfügung.

B Lösung

Gemeinsam mit dem Hafenskapitän und der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation (SWHT) wurden erste Lösungsansätze zur zukünftigen Sicherstellung des Brandschutzes auf der Weser als Ergänzung zum vorhandenen Tonnenleger Nordergründe erörtert. Ein Entwurf sieht nun vor, den ergänzenden Bedarf von für Feuerlöschzwecke geeigneten Einsatzmitteln auf der Weser und in bestimmten Hafengebieten auch durch ein eigenes Mehrzweckboot zur flexiblen Nutzung zu ergänzen. Ebenso wird geprüft, inwiefern Reedereien im Schleppdienst verpflichtet werden können, im Revier entsprechende Einsatzmittel vorzuhalten.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlages

Der Vorschlag hat aktuell keine Auswirkungen auf das Personal. Finanzielle Folgen werden derzeit gemeinsam mit SWHT bewertet. Die bisherigen Verträge mit den Reedereien sehen eine anteilige Finanzierung der Jahresbereitstellungskosten von ca. 100.000,00 € durch Bremerhaven in Höhe von 25 % vor.

Klimaschutzrelevante oder genderbezogene Auswirkungen bestehen nicht. Belange von Menschen mit Behinderungen, ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern oder des Sports sind nicht betroffen. Eine örtliche Betroffenheit besteht für die Hafengebiete in Bremerhaven mit ihrer kritischen Infrastruktur.

E Beteiligung/Abstimmung

Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation (SWHT)

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Skusa
Stadtrat

**Anfrage gemäß § 38 GoSTVV für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit
am 16.09.2025**

Größerer Rattenbefall im Stadtnorden

In der Nähe des Speckenbütteler Parks gibt es einen Rattenbefall, der die Anwohner:innen vor Ort stark belastet. Laut Medienberichten sind bereits im Juni erste Hinweise ans Bürger- und Ordnungsamt ergangen. Bislang scheint es allerdings noch keine hinreichende Lösung für das Problem zu geben. Vielmehr sprechen Anwohner:innen inzwischen von unhaltbaren Zuständen.

Wir fragen den Dezernenten:

1. Welche Informationen hat der Magistrat zu dem Rattenbefall?
2. An welchen Stellen in den Ortsteilen Königsheide bzw. Speckenbüttel gab es in den letzten vier Monaten Meldungen zum Rattenbefall?
3. Welche Maßnahmen hat der Magistrat daraufhin ergriffen?
4. Zu welchen Ergebnissen haben diese Maßnahmen geführt?
5. Sind weitere Maßnahmen notwendig?
Wenn ja, welche?



Carsten Baumann-Duderstaedt
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P